



Foto: Peggy_Marco, Vereinfachte Pixabay Lizenz

Wovon das Volk bloß träumte, machten die Putschisten wahr

Mali nach dem Putsch

Von Paul Martial | 7. Oktober 2020

Die Machtübernahme durch die Militärs eröffnet eine neue Seite in einem Land, das sich in einer beispiellosen Krise befindet und in dem sich die Lage immer weiter verschlechtert. Bereits 2019 lebten 41,1 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und diese Zahl könnte bis 2020 um weitere 800 000 Menschen ansteigen.

Der Verlauf des Putsches weist darauf hin, dass er sorgfältig vorbereitet wurde. Am 18. August besetzten die Meuterer gleichzeitig die Kasernen von Kati und N'Tominkorobougou und Truppen wurden entsandt, um die Schlüsselfiguren des Regimes, den Staatspräsidenten Ibrahim Boubacar Keïta (IBK), seinen Premierminister Boubou Cissé sowie den Außenminister Tiébilé Dramé, den Finanzminister Abdoulaye Daffé und General Ibrahim Dahirou Dembelé, den Verteidigungsminister, zu verhaften.

Eine Regierung gegen das Volk

Die Putschisten proklamierten umgehend die Einsetzung eines Nationalen Komitees zur Rettung des Volkes (CNSP) und veranlassten Keïta, persönlich seinen Rücktritt und den seiner Regierung sowie die Auflösung

der Nationalversammlung zu verkünden. Damit sollte eine verfassungsmäßige Fassade gewahrt bleiben – ein allerdings vergebliches Unterfangen.

Wovon das Volk bloß träumte, machten die Putschisten wahr...

Auch wenn es sich bei den Putschisten meist um hochrangige Offiziere handelt, hat keiner von ihnen dem inneren Zirkel des Regimes angehört. Einige von ihnen waren Kriegsteilnehmer gegen die Rebellen im Norden Malis, wie etwa Oberst Assimi Goïta, Präsident des CNSP. Er war Kommandant des autonomen Bataillons der Spezialeinheiten und kämpfte von 2002 bis 2008 gegen die Dschihadisten im Norden des Landes. Die Nummer zwei des CNSP, Malick Diaw, war stellvertretender Befehlshaber der Militärzone Kati und gilt als treibende Kraft des Staatsstreichs. CNSP-Sprecher Ismaël Wagué war der stellvertretende Stabschef der Luftwaffe der malischen Streitkräfte.

In Anlehnung an die Werbung eines multinationalen Hightech-Konzerns könnte man sagen: Wovon das Volk bloß träumte, machten die Putschisten wahr, nur dass in diesem Fall das Volk nicht bloß träumte, sondern mit Massendemonstrationen massiv gegen das bestehende Regime protestierte.

Das auslösende Moment dieser Mobilisierungen seit Anfang Juni war die Entscheidung des Verfassungsrates, die Ergebnisse der Parlamentswahlen in etwa dreißig Wahlkreisen zugunsten der regierenden Kandidaten zu ändern. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 lag die Wahlenthaltung im ersten Wahlgang bei 57 % und im zweiten bei mehr als 65 %. Auch bei den letzten Parlamentswahlen enthielten sich genauso viele Wähler*innen, was zeigt, wie stark das Desinteresse der Bevölkerung an einer weitgehend diskreditierten politischen Klasse ist.

Die Massenmobilisierungen wurden von der Bewegung des 5. Juni – Allianz der Patriotischen Kräfte (M5-RFP), einem Zusammenschluss verschiedener Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Basisorganisationen, gegen die Regierung und für den Rücktritt von Keïta organisiert. Die Regierung wusste darauf lediglich mit heftiger Repression zu antworten, die elf Tote und mehr als hundert Verletzte forderte. IBK zögerte nicht, die Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung (FORSAT) einzusetzen, die mit scharfer Munition auf die Menge schoss, um die Demonstrationen niederzuschlagen.

Während IBK 2013 noch einen Aufbruch verkörperte und die Präsidentschaftswahlen mit einem Erdrutschsieg gewann, enttäuschte er seither nur noch durch seine Tatenlosigkeit gegenüber den Problemen des Landes. Nicht nur seine Regierung sondern auch seine Entourage war tief in Korruptionsskandale verstrickt, die das politische Leben vergiften haben: etwa die überhöhten Rechnungen für den Kauf des Präsidentenflugzeugs, die Käufe von Luxus-SUVs für sein Gefolge, ganz zu schweigen von seiner Patek-Philippe-Uhr für mehr als 80 000 Euro und seinem Sohn Karim Keïta, der seinen luxuriösen Lebensstil schamlos in den sozialen Netzwerken ausbreitet, während fast die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt.

... betraf der Putsch ein Regime, das bereits abgewirtschaftet hatte und durch Korruption und

Unfähigkeit geprägt war.

Die UNO hat in einer Untersuchung festgestellt, dass die Militärführung – ganz wie General Kéba Sangaré, Stabschef der Armee und Kommandant des Hauptquartiers der gemeinsamen Streitkräfte – die Friedensabkommen von Algier ständig torpediert und verantwortungslos gehandelt hat, indem sie den Schutz von Ogossagou aufhob, obwohl das Dorf von bewaffneten Milizen bedroht wurde. Wenige Stunden nach dem Abzug der malischen Armee wurde der Ort angegriffen, wobei 35 Zivilisten ums Leben kamen und 19 Menschen verschwanden. Dabei war dieses Dorf bereits im Vorjahr von einem Massaker betroffen, bei dem 160 Menschen starben.

Auch wenn General Sangaré seiner Ämter enthoben wurde, konnten sich Typen seinesgleichen an der Staatsspitze behaupten und dort weiter ihr Unwesen treiben. Insofern betraf der Putsch ein Regime, das bereits abgewirtschaftet hatte und durch Korruption und Unfähigkeit geprägt war.

Das Volk kriecht

Sei es die wirtschaftliche und soziale Situation oder die Sicherheitslage im Land, überall stehen die Warnsignale auf Rot. Nach dem jüngsten Bericht des UN-Generalsekretärs verschlechtert sich die Lage weiter. „Die Zahl der Vertriebenen in Mali ist von 218 000 im März auf 239 484 angestiegen.“

Die Friedensvereinbarungen von Algier vom 20. Juni 2015 existieren faktisch nur auf dem Papier, da die beiden wichtigsten Maßnahmen nicht umgesetzt worden sind: „Verzögerungen bei der neuen administrativen und territorialen Aufteilung und Probleme beim Einsatz der wieder geschaffenen Armeeeinheiten im Norden gelten als die Haupthindernisse für die Umsetzung des Abkommens“.

Der Norden des Landes gleicht inzwischen einer Grauzone, in der die bewaffneten Gruppen – ob Unterzeichner des Friedensabkommens oder nicht, ob islamistisch oder regierungstreu – zumeist bloß mit Schmuggelgeschäften verschiedenster Art befasst sind.

Diese Situation ist zum Teil das Ergebnis der französischen Militärintervention im Rahmen der Operation „Serval“. Denn die hatte zur Folge, dass die Dschihadisten über die gesamte Sahelzone hinweg zerstreut wurden. Zudem setzte man – statt auf eine umfassende Abrüstung aller Beteiligten – darauf, mit den bewaffneten Truppen der MNLA-Unabhängigkeitskämpfer und anschließend – im Rahmen der Operation „Barkhane“ – mit regierungsnahen Milizen zu kooperieren, um die Dschihadisten zu bekämpfen.

Es gibt zwei islamistische Gruppen: die Dschammat Nu'rat al-Islam wa-l-Muslimin (Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime, JNIM), die der al-Qaida angeschlossen ist und von Iyad Ag Ghali geleitet wird, und den Islamischen Staat in der Groß-Sahara. Darüber hinaus gibt es bewaffnete Gruppen, die in mehreren Organisationen zusammengeschlossen sind. Auf der Regierungsseite gibt es die Plattform der Selbstverteidigungsbewegungen, die „die Plattform“ genannt wird, auf der Rebellenseite die Koordination der Bewegungen des Azawad (CMA) und schließlich die Koordination der Bewegungen des Kartells, in der ehemalige Mitglieder der ersten beiden Gruppen zusammengeschlossen sind. Zwischen all diesen Gruppen

sind die Grenzen weitgehend durchlässig, und Allianzen werden nach Lust und Laune der Clanführer gebildet und aufgelöst.

Die Ursachen der Konflikte liegen hauptsächlich im Zugang zu den Ressourcen...

Die Gewaltausbrüche, die früher auf den Norden beschränkt waren, haben sich in den letzten Jahren auf das Zentrum des Landes ausgedehnt, und die Lage verschlechtert sich durch Zusammenstöße zwischen, aber auch innerhalb der Gemeinden immer weiter. Die Ursachen der Konflikte liegen hauptsächlich im Zugang zu den Ressourcen, sei es Wasser oder Weideland, zwischen den Fulani, von denen die meisten Viehzüchter sind, und den anderen Gemeinschaften, die ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft oder Fischerei bestreiten.

Die Zusammenstöße verlaufen blutig, da es im Land viele Kriegswaffen gibt, die leicht zu beschaffen sind, und da der Staat nicht als Mittler und Regulator eingreift, was den Islamisten Vorschub leistet, sich in die Konflikte einzumischen und sie anzuhetzen. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass es zu Angriffen und Repressalien durch bewaffnete Milizen wie „Dan Nan Ambassagou“ oder Islamisten kommt. Stets ist es die Zivilbevölkerung, die am stärksten darunter leidet.

Je stärker der militärische Druck, desto tiefer versinkt das Land im Chaos mit dramatischen Folgen für die Bevölkerung. Menschenrechtsverletzungen wie Morde, Plünderungen, Entführungen, Verschwindenlassen, Zwangsrekrutierungen (auch von Kindern) werden von den bewaffneten Gruppen, aber auch von Regierungskräften begangen:

„MINUSMA (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) verzeichnete 535 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen, ein Anstieg von 412 gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum, von denen 275 von bewaffneten Gruppen und 163 von nationalen Streitkräften begangen wurden. Die Zahl der Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen durch bewaffnete Gruppen und nationale Streitkräfte stieg auf 535.“ Die verzeichneten Fälle spiegeln die Situation nur teilweise wider, da in der Sahelzone eine Vielzahl von Regierungsarmeen operieren: die malische Armee, die Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force, der Teile der Armeen von Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien und Tschad angehören, die UNO-Truppe MINUSMA, die Takuba-Spezialeinheit, die sich aus Soldaten der Europäischen Union, den Streitkräften der Operation „Barkhane“ der französischen Armee und den Streitkräften der verschiedenen Sahelländer zusammensetzt, die 50 Kilometer über die Landesgrenzen hinaus operieren dürfen, was kürzlich auf 100 Kilometer erweitert wurde.

Wenn Zivilisten misshandelt werden, lässt sich schwer sagen, wer dafür verantwortlich ist, zumal die Soldaten der Sahel-Staaten, die in die G5-Truppe integriert sind, kein Erkennungszeichen haben. Die französischen Streitkräfte kooperieren eng mit bestimmten bewaffneten Gruppen wie der „Selbstverteidigungsgruppe der Imghad-Tuareg und Verbündete“ (GATIA), obwohl diese für Verbrechen verantwortlich sind.

Mali gerät zunehmend in eine Gewaltspirale. Dabei geht es nicht mehr darum, dass einige wenige

Dschihadisten Anschläge verüben, sondern dass eine Vielzahl bewaffneter Gruppen die ursprünglich politischen und wirtschaftlichen Probleme ausnutzt. Die Krise des Kapitalismus in Afrika und namentlich in der Sahelzone mit ihren klimatischen, wirtschaftlichen, sozialen und jetzt auch gesundheitlichen Auswirkungen verschärft die Spannungen in den Gemeinden. Dass der malische Staat oder die westlichen Länder darauf militärisch reagieren, ändert nichts an dieser Situation, sondern verschärft sie nur. Die Basisorganisationen der Zivilgesellschaft in der Sahelzone bringen das Problem auf den Punkt:

„Das militärische Eingreifen hat es bisher nicht ermöglicht, den Schutz aller Bevölkerungsgruppen unterschiedslos zu gewährleisten und hat stattdessen sogar zu zahlreichen Übergriffen gegen Zivilisten geführt. (...) Die Staaten müssen in der Lage sein, die Situation zu analysieren, die Menschen dazu bringen, sich bewaffneten Gruppen anzuschließen ...“ Dieser latente Kriegszustand im Norden und im Zentrum des Landes hat soziale Folgen: Die Gesundheitszentren funktionieren nicht mehr und die Schulen sind verwaist, sodass bereits vor der Covid-19-Krise fast 1261 Schulen aus Sicherheitsgründen geschlossen waren.

Infolge der Transportprobleme steigen die Lebensmittelpreise unablässig und die Knappheit wird durch die Corona-Krise noch verschärft. Die Vereinten Nationen schätzen, dass „die Ernährungsunsicherheit 3,5 Millionen Menschen betrifft, von denen sich 757 000 in einer ernsten Lage befinden“. Der Zorn der Malier gegen die Regierung und ihren Präsidenten IBK und ihre positive Resonanz auf den Staatsstreich ist somit im Gegensatz zu den Positionen der internationalen Gemeinschaft nachvollziehbar.

Der Tanz der Heuchler

Der Putsch wurde einstimmig verurteilt, wobei es jedoch gewisse Nuancen gibt. So fordert Frankreich die Wiedereinsetzung einer zivilen Regierung, ohne IBK zu erwähnen, im Gegensatz zur ECOWAS. Diese Organisation, in der die Staatsechefs der westafrikanischen Länder vertreten sind, fordert „die Wiedereinsetzung von Präsident Ibrahim Boubacar Keïta als Präsident der Republik gemäß den verfassungsrechtlichen Bestimmungen seines Landes“.

Unter diesen herausragenden Vertretern der verfassungsmäßigen Ordnung findet man Alassane Ouattara und Alpha Condé, die die Verfassung ihres Landes geändert haben, um sich zur Wiederwahl stellen zu können, oder ein Faure Gnassingbé, der durch einen Staatsstreich an die Macht kam und sich dank manipulierter Wahlen in seiner vierten Amtszeit befindet.

Ihre salbungsvolle Erklärung zur Verteidigung der Verfassung Malis könnte belächelt werden, wenn die Konsequenzen nicht so schwerwiegend wären. Die ECOWAS erklärt „die Schließung aller Landes- und Luftraumgrenzen sowie die Einstellung aller wirtschaftlichen, finanziellen und Handelsverbindungen und Transaktionen mit Ausnahme von Grundnahrungsmitteln, Medikamenten, Treibstoff und Elektrizität zwischen den Mitgliedsländern und Mali. Alle Partnerländer sind aufgefordert, sich den Maßnahmen anzuschließen.“^[1]

Und es gibt Staatsstrieche, die Diktaturen oder abgewirtschaftete Regimes zu Fall bringen, die sich nur noch durch Repression an der Macht halten.

Mali ist ein Binnenland, das für seine Versorgung von den Nachbarländern abhängig ist. Ein Embargo würde die Situation noch weiter verschärfen.

In Afrika folgt Staatsstreich auf Staatsstreich, wobei es jedoch Unterschiede gibt. Es gibt Staatsstrieche, die demokratische Regimes stürzen, wie 2008 in Mauretanien, wo General Mohamed Ould Abdel Aziz die Macht übernahm, um die strafrechtliche Verfolgung von Unterschlagungsdelikten zu unterbinden, oder auch den Staatsstreich von Blaise Compaoré gegen Sankara und dessen Versuch, ein fortschrittliches Regime zu etablieren. Und es gibt Staatsstrieche, die Diktaturen oder abgewirtschaftete Regimes zu Fall bringen, die sich nur noch durch Repression an der Macht halten. Mali ist ein Beispiel für diese Variante. Das Ende der Diktatur von Moussa Traoré im Jahr 1991 war eine Kombination aus Massenprotesten und einem Militärputsch. Der Staatsstreich von Amadou Haya Sanogo im Jahr 2012 setzte dem korrupten Regime von Amadou Toumani Touré ein Ende.

Diese Art von Staatsstreich ist immer ambivalent, da er einerseits das Land von korrupten Machthabern befreit, andererseits aber sich an die Stelle der Bevölkerung und ihrer Selbstorganisation setzt und sie um ihren Sieg bringt, was einem Machtmissbrauch Vorschub leistet.

Schwere Zeiten für den Widerstand

Die M5-RFP unterstützte zu keinem Zeitpunkt den Staatsstreich, begrüßte jedoch den Rücktritt des Präsidenten IBK, der ihrer Ansicht auf die Proteste der Bevölkerung zurückzuführen war, und erklärte sich bereit, mit dem Militär zusammenzuarbeiten.

Was die Massenproteste unter der Bevölkerung angeht, bleibt die Lage kompliziert. Deren Führung liegt nach wie vor in den Händen eines besonders reaktionären und demagogischen religiösen Führers, Imam Mahmoud Dicko. Er machte einst mit dem ehemaligen Diktator Moussa Traoré gemeinsame Sache, kämpfte gegen die Änderung des Familienrechts, das den Frauen mehr Rechte einräumt, und verhalf IBK bei den ersten Präsidentschaftswahlen an die Macht.

In der M5-RFP hat die Organisation von Imam Dicko, die Koordination der Bewegungen, Vereinigungen und Sympathisanten (CMAS), sehr großes Gewicht, und Politiker wie Choguel Maiga, Mountaga Tall oder Modibo Sidibé, die in irgendeiner Weise an allen Regierungen beteiligt waren, stellen kein sonderliches Gegengewicht dar. Inzwischen besetzt das Militär eine entscheidende Position auf dem politischen Schachbrett Malis.

Zwischen diesen beiden Polen, Imam Dicko und den Putschisten, wird es für progressive politische Parteien und kämpferische Organisationen der Zivilgesellschaft schwierig sein, sich Gehör zu verschaffen, wenn grundlegende politische und wirtschaftliche Entscheidungen anstehen.

Aus *Contretemps*-web vom 27.8.2020

Übersetzung: MiWe

[1] Am 8. September brach ein Machtkampf zwischen der ECOWAS und der regierenden Militärjunta aus: Auch wenn sie wohl von der Forderung nach Wiedereinsetzung von IBK als Präsident abgerückt ist, fordert die ECOWAS eine zivile Übergangsregierung binnen eines Jahres; andernfalls würden die Sanktionen aufrechterhalten oder sogar verschärft.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 7. Oktober 2020 in der Kategorie: [Afrika](#), [Mali](#).